



Foto: ORF Vorarlberg / (Symbolbild)

Foto: ORF Vorarlberg / (Symbolbild)

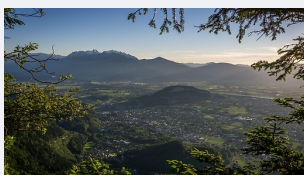
Naturschutzgesetz

Warnung vor weniger Kontrolle bei Bauprojekten

Die geplante Änderung des Vorarlberger Naturschutzgesetzes sorgt weiter für Kritik. Der Verein Bodenfreiheit sieht vor allem den Bodenschutz im Siedlungsgebiet gefährdet. Geschäftsführerin Kerstin Riedmann warnt, dass künftig bei Projekten in gewidmeten Gebieten weniger genau auf Versiegelung und Begrünung geschaut werden könnte.

24.08.2026 07.33

Die Landesregierung will das Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung (GNL) überarbeiten und Verfahren vereinfachen. Vorhaben in rechtskräftig gewidmeten Betriebsgebieten sollen künftig weitgehend bewilligungsfrei sein. Außerdem sollen mehrere Schwellenwerte angehoben werden und Verfahren sollen beschleunigt werden. Neue Schwellenwerte soll es zum Beispiel für den Uferschutzbereich oder für Parkplätze geben. Das teilte das Land Ende Juni mit.



Regierung will Naturschutzgesetz umkrempeln

Kritik an weniger Fachsicht

Kerstin Riedmann (Verein Bodenfreiheit) sieht diese Entwicklung kritisch. Gerade bei größeren Projekten sei es wichtig, dass jemand darauf achte, wie viel Fläche versiegelt werde, ob nur Schotter- oder Steinflächen entstehen und welche Bäume gepflanzt werden. Wenn eine Gemeinde keine klaren Vorgaben mache, könnten solche Fragen künftig leichter untergehen.

Nur auf Hausverstand und Freiwilligkeit zu setzen, sei aus ihrer Sicht zu wenig. Gerade nach dem heurigen Rekordsommer brauche es im Siedlungsgebiet mehr Bäume und weniger versiegelte Flächen, sagt Riedmann. Sie versteht deshalb nicht, warum die naturschutzfachliche Sicht künftig zurückgedrängt werden soll. In Bauverhandlungen nehme der Naturschutz aus ihrer Erfahrung ohnehin nur wenig Zeit ein, könne aber wichtige Hinweise geben, etwa zur Begrünung oder zur Versiegelung von Flächen.



Foto: ORF Vorarlberg

Kerstin Riedmann warnt vor weniger Bodenschutz im Siedlungsgebiet

Entsiegelung soll vorangetrieben werden

Der Verein Bodenfreiheit regt deshalb auch eine Förderung für Entsiegelungen an. Gemeinsam mit Gemeinden werden heuer laut Riedmann zehn innerörtliche Flächen entsiegelt. In Workshops werde dabei auch gezeigt, wie kleinere Flächen etwa bei privaten Stellplätzen oder Einfahrten aufgebrochen und begrünt werden können.

Bei den Gemeinden gebe es großes Interesse, sagt Riedmann. Wegen der angespannten Gemeindebudgets sei die Umsetzung aber oft schwierig. Deshalb könnte aus ihrer Sicht auch das Land überlegen, solche Maßnahmen stärker zu unterstützen.

Die Naturschutz-Novelle soll demnächst in Begutachtung gehen. Ziel der Landesregierung ist es, das Gesetz im Frühjahr 2027 in Kraft treten zu lassen. So soll ein Ausgleich zwischen Naturschutz, wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlichen Bedürfnissen geschaffen werden. „Regeln müssen helfen, nicht hindern“, haben Landesrat Christian Gantner und Landeshauptmann Markus Wallner (beide ÖVP) bei der Ankündigung des Vorhabens erklärt.

red, vorarlberg.ORF.at